

1 Einleitung

Zu Beginn des vorliegenden Buchprojektes im Sommer 2020 war zwar bereits deutlich, welche dramatischen Situationen der Ausbruch von Covid-19 in den meisten Staaten der Welt ausgelöst hat, dass es tiefgreifende Auswirkungen auf die wirtschaftliche, soziale und psychosoziale Situation der Gesellschaften geben wird und dass auch die internationalen Beziehungen zwischen den weltweit bestimmenden Mächten einen Veränderungsprozess durchlaufen würden. Aber erst ein Jahr später, im Sommer 2021, gaben sich die Konturen dieser verschiedenen Veränderungsprozesse klarer zu erkennen. Zwar werden die wesentlichen medizinischen Aspekte dieser Pandemie sowie auch ihrer Bekämpfung in der vorliegenden Arbeit behandelt, aber es ist nicht das entscheidende Anliegen, den komplexen medizinischen Erkenntnisprozess nachzuzeichnen. Die Pandemie ist vielmehr der Auslöser, die Effektivität der innergesellschaftlichen Beziehungen in den westlichen Demokratien – geprägt durch den lange Zeit vorherrschenden Neoliberalismus – unter diesen verschärften Bedingungen zu überprüfen und das Ergebnis auf die Entwicklung der intergesellschaftlichen Beziehungen anzuwenden.

Als am 1. Juli 2020 Deutschland für ein halbes Jahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernahm, setzte man europaweit große Hoffnungen auf die Fähigkeit des bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten EU-Mitgliedslandes, die Handlungsstarre der EU zu überwinden, kluge Vorgaben zur Bekämpfung der Pandemie zu entfalten und die zu Beginn der Pandemie innerhalb der EU aufgetretenen Abstoßungstendenzen schnellstens zu beenden. Denn zuvor

- waren Grenzen ohne Absprache geschlossen worden,
- wurde medizinisches Schutzmaterial beschlagnahmt, gehortet und für andere Zwecke abgefangen,
- fanden Anfragen auf grenzüberschreitende Hilfen keine Antwort,
- sahen sich Pendler in Grenzregionen gezwungen, entweder arbeitslos zu Hause zu bleiben oder ihre Familien für eine Weile nicht sehen zu dürfen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beklagte am 25. März 2020 im EU-Parlament in Brüssel: „Als Europa wirklich füreinander da sein musste, haben zu viele zunächst nur nach sich selbst geschaut“. Diese Klage richtete sich auch an die deutsche Regierung. Für all die oben aufgeführten Erscheinungen gab es Erklärungen, vielleicht auch gute Gründe. Wo jedoch blieb in der augenblicklichen Situation die EU? Standen ihr keinerlei logistische Möglichkeiten zur Verfügung, koordinierend in die Situation einzugreifen?

Festzustellen ist: Auf die Exekutive – den EU-Ministerrat – haben die nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten *maßgeblichen Einfluss*. Ratsentscheidungen unterliegen in vielen Bereichen dem Einstimmigkeitsprinzip und nur in weniger relevanten Bereichen reicht auch ein Mehrheitsvotum aus. Entscheidungen der Legislative – des EU-Parlaments – hingegen werden zwar ausschließlich nach dem Mehrheitsprinzip gefällt, aber die *Gesetzgebungskompetenz*

des Parlaments ist sehr stark beschnitten. Relevante Bereiche sind ihr vollkommen entzogen.

Dieser „Geburtsfehler“ der EU war in gewisser Weise beabsichtigt, denn die nationalen Regierungen hatten kein Interesse an einem entscheidungsstarken europäischen Parlament und die Parlamente der einzelnen Mitgliedsstaaten befürchteten Einschnitte ihrer Gesetzgebungskompetenz. Deshalb gab und gibt es über die EU immer wieder Schlagzeilen wie z. B. „Die EU – ein zahnloser Tiger“, „Die drittgrößte Wirtschaftsmacht – aber ein politischer Zwerg und militärisch am Rockzipfel der USA“ oder „Die EU als Krisenmanager? – Eine totale Fehlanzeige“. Andererseits wünscht sich – laut einer Umfrage der Heinrich-Böll-Stiftung – die klare Mehrheit der Deutschen „eine aktive und kooperative Europapolitik“. „Oben auf der Agenda“ stünden „die Bereiche Innovation und Forschung, Klima- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung“.¹

Das Erkenntnisinteresse dieses Buchprojektes ist es nun, herauszufinden, ob aufgrund der sich verschiebenden Tektonik im internationalen Machtgefüge infolge der Pandemie sich auch die Position der Europäischen Union verändert bzw. ob sich Möglichkeiten anbieten, die eigene Durchsetzungskraft zu erhöhen und auf internationalem Parkett mit den anderen Mächten – insbesondere mit den USA und dem aufstrebenden China – auf Augenhöhe zu verhandeln. Neben der ausführlichen Beschäftigung mit den Auswirkungen der Pandemie auf die weltweiten Machtzentren sowie mit deren aktueller wirtschaftlicher und politischer Handlungsfähigkeit, ist der immanente Leitfaden dieser Untersuchung, welche Position der EU in diesen Bezügen künftig zukommt.

Das der Einleitung folgende *zweite Kapitel* beschäftigt sich mit der seit November 2019 aufgetretenen virusverursachten Erkrankung Covid-19, des möglichen Ursprungs des Virus, dessen Verbreitung über die ganze Welt sowie über bereits eingeleitete Gegenmaßnahmen. Bereits hier lassen sich Probleme, mit denen Gesellschaften auch schon vor Ausbruch der Pandemie befasst waren, aufzeigen: Wie und über welche Medien werden Probleme in den Gesellschaften kommuniziert? Was bewirken sogenannte Fake-News? Wie steht es mit der Digitalisierung? Welchem Konkurrenzdruck sind medizinische Forschungsvorhaben ausgesetzt? Wie wirken sich durch falsche Ernährung hervorgerufene gesundheitliche Probleme in der Bevölkerung auf das durch Corona belastete Gesundheitssystem aus? Welche geopolitischen Strategien können gegen Covid-19 mit den erforderlichen Impfstoffen entfaltet werden?

Im *dritten Kapitel* geht es um Auswirkungen der Pandemie auf Staaten, die dem Ausbruch von Covid-19 mit ganz unterschiedlichen Maßnahmen entgegengetreten sind: in den USA z. B. mit dem Versuch des ehemaligen Präsidenten Trump, das Geschehen herunterzuspielen bzw. ganz zu leugnen; in China – nach anfänglichem Vertuschungsversuchen – mit der Verhängung eines landesweiten Lockdowns.

1 <https://www.boell.org/de/2021/06/18/die-grosse-mehrheit-erwartet-eine-aktive-eu-politik> [Zugriff: 14.01.22].

Um die Veränderungen des weltweiten Kräfteverhältnisses aufzuspüren, bedarf es im *vierten Kapitel* zunächst einer kurzen Rekapitulation, wie sich das Kräfteverhältnis nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbrechen der Sowjetunion gestaltet hat. Dieses Kräfteverhältnis wurde theoretisch durch das Good-Governance-Konzept unterlegt. Der ausführlichen Auseinandersetzung mit dieser Theorie ist das *fünfte Kapitel* gewidmet.

Im *sechsten Kapitel* wird analysiert, wie Covid-19 auf dem weltpolitischen Schachbrett als „heimlicher“ Mitspieler die Kräfte verschiebt. Es wird überprüft, auf welche Weise die politische Handlungsfähigkeit der Machtzentren – USA, China, Russland, EU, Japan, Indien und der Einfluss der weltweit agierenden Konzerne – unter den Bedingungen der Pandemie beeinträchtigt oder gestärkt wurde. Einbezogen sind die vielen internationalen Konflikte bzw. Konfliktlinien, die durch die Corona-Krise keineswegs beseitigt sind.

Das letzte und *siebte Kapitel* greift noch einmal zusammenfassend die Frage nach Europas Chancen, Risiken und Herausforderungen auf. Nach welchen Prinzipien kann die Europäische Union eine Strategie entwickeln, die ihr weltweit das politische Gehör einräumt, das ihr aufgrund ihres wirtschaftlichen aber auch kulturellen Potentials zustehen könnte? Wie kann die EU die Zangenbewegung, in der sie sich zwischen den USA und China aktuell befindet, aufbrechen und zum eigenen Vorteil wie zum Nutzen aller anderen Beteiligten entfalten?

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des größten Teils des vorliegenden Buches war die Entscheidung von US-Präsident Biden im Mai 2021, Trumps Versprechen zu folgen und die US-Truppen aus Afghanistan abzuziehen, noch nicht absehbar. Obwohl bereits an verschiedenen Stellen diese Entscheidung berücksichtigt und bewertet wurde und auch vorstellbar war, welche gravierenden Konsequenzen dies zur Folge haben würde, konnte sich niemand genau die verheerenden Umstände des Abzugs im August/September 2021 für alle beteiligten Seiten vorstellen. Andererseits ist dieses Debakel – neben der nach wie vor nicht bewältigten Pandemie – ein so entscheidendes Puzzle-Stück bei der Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse, dass ein Exkurs zu diesem Thema unvermeidbar war.